

Vortrag der Agglomerationskommission (AKO) an den Stadtrat**Agglomerationskommission (AKO): Tätigkeitsbericht für das Jahr 2021****1 Ausgangslage**

Die Agglomerationskommission (AKO) wurde vom Stadtrat erstmals für die Legislatur 2005–2008 als nicht ständige Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, die Entwicklung der Agglomerationspolitik auf kantonaler und regionaler Ebene zu verfolgen. Nach der Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland wurde die AKO durch Beschluss der Stimmberechtigten auf den 1. Januar 2013 in eine ständige parlamentarische Kommission überführt. Sie erstattet dem Stadtrat jährlich Bericht über ihre Aktivitäten. Der vorliegende Bericht gibt Auskunft über die Tätigkeit der AKO im ersten Jahr der Legislaturperiode 2021-2024 und ist von der Kommission am 16. Februar 2022 zuhänden des Stadtrats verabschiedet worden.

2 Zusammensetzung

Die AKO hatte im Berichtsjahr zwei Mutationen zu verzeichnen. Am Ende des Jahres gehörten der Kommission die folgenden 11 Stadratsmitglieder an:

Diego Bigger (SP/JUSO), Präsident
Janosch Weyermann (SVP), Vizepräsident
Nora Krummen (SP/JUSO)
Claudio Righetti (Mitte)
Mirjam Roder (GFL/EVP)
Rahel Ruch (GB/JA)
Nora Joos (GB/JA)
Ruth Altmann (parteilos)
Yasmin Amana Abdullahi (GLP/JGLP)
Simone Machado (GaP)
Alina Irene Murano (SP/JUSO)

3 Aufgaben und Zuständigkeiten

Aufgaben und Zuständigkeiten der AKO ergeben sich aus Artikel 72e der Gemeindeordnung und Artikel 25a des Geschäftsreglements des Stadtrats. Demnach übt die Kommission im Auftrag des Stadtrats die Aufsichtsfunktion über die städtische Agglomerationspolitik aus und lässt sich regelmässig vom Gemeinderat über die agglomerations- und regionalpolitischen Aktivitäten der Stadt informieren. Weiter prüft sie alle Sachgeschäfte, welche die Agglomerationspolitik betreffen, nimmt Stellung im Rahmen von Mitwirkungsverfahren und ist zuständige Kommission für ein allfälliges Behördenreferendum gegen einen Beschluss der Regionalversammlung. Sie pflegt Kontakte zu anderen Parlamenten und Akteuren und Akteurinnen in der Region mit dem langfristigen Ziel, eine gemeinsame Haltung zu entwickeln. Dazu führt sie regelmässig Tagungen und weitere Anlässe zu aktuellen Themen der Agglomerationspolitik durch.

4 Sitzungen und Themen

Die AKO traf sich 2021 zu acht ordentlichen Kommissionssitzungen. Hinzu kamen der jährliche Vernetzungsanlass mit den umliegenden Gemeinden im Progr in Bern sowie die jährliche Tagung zur Agglomerationspolitik im Jugend- und Freizeithaus Hangar in Ostermundigen. Stadtpräsident Alec von Graffenried und Regula Buchmüller (Leiterin der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik) nahmen regelmässig an den Sitzungen der AKO teil und informierten die Kommission über die Aktivitäten des Gemeinderats und die Traktanden der Regionalversammlung. Ein Schwergewicht legte die AKO wie schon 2020 auch 2021 auf die Begleitung des Projekts «Kooperation Ostermundigen Bern» (KOBÉ) und behandelte das Geschäft als stehendes Traktandum an jeder Sitzung.

Begleitung des Geschäfts Kooperation Ostermundigen – Bern (KOBÉ) – Ausarbeitung Eckpunkte

Der Stadtrat gab am 10. Dezember 2020 grünes Licht zur Aufnahme von Fusionsverhandlungen. Die Abstimmung in Ostermundigen dazu fiel am 17. Dezember 2020 einstimmig aus. Der Stadtrat hat mit der Zustimmung zum Geschäft nachfolgende Anträge verabschiedet:

- Der Gemeinderat wird verpflichtet, während den Fusionsverhandlungen eine Standortbestimmung vorzunehmen, dem Stadtrat Bericht zu erstatten und im 4. Quartal 2021 die Eckwerte für die weiteren Schritte beim Stadtrat verbindlich einzuholen. Im Rahmen der Berichterstattung sind zu prüfen:
 - Modell mit 5 und mit 7 Gemeinderät*innen.
 - Das Wahlverfahren des Gemeinderates (Majorz oder Proporz) sowie das Wahlverfahren für das Stadtpräsidium.
 - Modelle für die Stadtteilpartizipation und die Weiterentwicklung der Quartierkommissionen, unter Einbezug und konkreter Ansprache der nicht stimmberechtigten Bevölkerung.
 - Gewährleistung der geltenden Anstellungsbedingungen des städtischen Personals auch in der fusionierten Gemeinde und Darlegung der Zusammenarbeit mit den Personalverbänden.
 - Umsetzungsverfahren mit den Sozialpartnern, wie die Angleichung der Arbeitsbedingungen an das Niveau der Stadt Bern erfolgen soll.
- Der Gemeinderat erstattet der AKO zudem alle 2 Monate Bericht über den Stand des Projektes.
- Auf den Meinungsbildungsprozess in der Bevölkerung ist ein grosses Gewicht zu legen. Die städtische Bevölkerung sowie wichtige politische Gremien (Quartier- und Schulkommissionen, etc.) sind in die Entscheidungsphase mit geeigneten Mitteln einzubeziehen und ihre Meinung ist in den Fusionsverhandlungen zu berücksichtigen.
- Der Gemeinderat legt der AKO vor Beginn der Fusionsverhandlungen ein konkretes Verhandlungsmandat vor. Dieses enthält die konkreten Ziele, welche der Gemeinderat in den Fusionsverhandlungen verfolgt und die Eckpunkte dessen, was im Fusionsvertrag geregelt wird. Das Verhandlungsmandat ist der AKO spätestens im 4. Quartal 2021 vorzulegen.

Der Gemeinderat hat der AKO an jeder Sitzung zum Projektfortschritt Bericht erstattet. An der Sitzung vom 5. Mai 2021 legte der Gemeinderat der AKO seinen Entwurf zum vertrauli-

chen Verhandlungsmandat vor. Die AKO hat dieses kritisch geprüft. Auch wenn die Kommission über kein formelles Antragsrecht dazu verfügte, diskutierte sie über Anträge und verabschiedete nachfolgende Anträge im Sinne von Planungserklärungen zuhanden des Gemeinderats:

1. Finanzen: der Gemeinderat zeigt bis zum Stadtratsentscheid über die Eckpunkte der Fusion auf,
 - 1) wieviel die Fusion kostet;
 - 2) wie diese Kosten finanziert werden;
 - 3) wie die Prognose über die finanzielle Situation der neuen Gemeinde in den ersten 4 Jahren aussieht und welche Konsequenzen das nach sich zieht.
2. Anstellungsbedingungen: Der Punkt «Die heutigen Anstellungsbedingungen für die städtischen Angestellten bleiben unverändert.» wird ergänzt mit: «Im Zuge der Fusion wird auf Entlassungen verzichtet und es gilt der Grundsatz der Besitzstandwahrung.»
3. Leistungsangebote: Die zentralen Leistungsangebote inkl. jenen der Leistungsvertragspartner (z.B. Gemeinwesenarbeit etc.) gegenüber der Bevölkerung müssen so bleiben, wie sie heute in der Stadt Bern sind (z.B. «freiwillige» Projekte im Sozialen wie Frühförderung, Sozialarbeit oder bzgl. Kultur / Energie. Der entsprechende Punkt ist anzupassen.
4. Partizipation: Der Gemeinderat zeigt bis zum Stadtratsentscheid über die Eckpunkte auf, wie er die Stadtbevölkerung in den KoBe-Prozess einbezieht. Da verschiedene Veranstaltungen nicht stattfinden konnten, braucht es hier im Hinblick auf eine erfolgreiche Abstimmung einen Effort.

Der Gemeinderat nahm die Planungserklärungen der AKO mit in die Verhandlungen und informierte die Kommission laufend über den Fortschritt der Gespräche und nahm weitere Feedbacks dazu auf.

Besonders am Herzen lag der AKO auch in diesem Jahr die Massnahmen zu Kommunikation, Information und Partizipation (KIP). Wiederholt monierte die Kommission, dass seitens Stadt Bern diesbezüglich zu wenig Aktivitäten sichtbar sind. Obwohl im Projekt beträchtliche Mittel für diese KIP-Massnahmen reserviert sind, verlief nach Meinung der AKO der Start zu diesen Massnahmen zu verhalten bzw. waren lange gar keine Aktivitäten sichtbar. An ihrer letzten Sitzung im Dezember 2021 wurde die Kommission erneut zu diesem Thema informiert, wonach das externe Projektteam für die KIP-Massnahmen die Arbeiten endlich gestartet hat und der AKO wurde versichert, dass es nun punkto Information und Partizipation vorwärts geht.

Vorberatung des Geschäfts Kooperation Ostermundigen – Bern (KOBE); Berichterstattung zu den Eckpunkten und Krediterhöhung im Dezember 2021

An ihrer letzten Sitzung des Jahres hat die AKO die Berichterstattung des Gemeinderats ohne Wertung zur Kenntnis genommen und der Kreditaufstockung zugestimmt. Die Kommission äusserte sich dabei kritisch zu den Prozessen und zur Kommunikation des Projekts. Die Inhalte der Eckpunkte im Bereich Struktur wurden ebenfalls teilweise mit Vorbehalt zur Kenntnis genommen. Im Vordergrund standen dabei folgende Themen: Anzahl und Zusammensetzung von Gemeinderat und Parlament, Wahlkreise und Wahlverfahren sowie Gestaltung der Stadtteilpartizipation in der neuen Gemeinde. Die Mitglieder der AKO haben zum Bericht keine Planungserklärungen eingereicht, behielten sich dies jedoch für ihre

Fraktionen für die Stadtratsdebatte vor. Positiv unterstrich die AKO, dass ihre Planungs-erklärungen Nr. 2, 3 und 4 zum Verhandlungsmandat grossmehrheitlich umgesetzt wurden, soweit dies zum aktuellen Zeitpunkt abschätzbar war.

Neben dem Projekt «Kooperation Bern» befasste sich die Kommission im Berichtsjahr mit den folgenden Themen:

Teilrevision Geschäftsreglement (GRSR) zur Einführung Finanzkommission und Neuordnung Kommissionswesen: Verabschiedung Stellungnahme der AKO

Die AKO nahm an ihrer Sitzung von 5. Mai 2021 Kenntnis vom Entwurf der Sonderkommission NSB22 (SokoNSB22) zur Teilrevision des Geschäftsreglements. Die Kommission bedauerte den Entscheid, im Zuge der Revision, die AKO als ständige Kommission aufzuheben. Die Abschaffung wird damit begründet, dass eine neue Finanzkommission eingeführt wird, es insgesamt jedoch nicht mehr als 5 Kommissionen geben soll, um das Milizparlament nicht zu überfordern. Aufgrund der breiten Abstützung dieses Vorschlags, auch von der Fraktionspräsidienkonferenz, entschied sich die AKO, nicht dagegen zu opponieren.

In ihrer Stellungnahme zuhanden der SokoNSB22 forderte die Kommission jedoch, dass die folgenden bisherigen Aufgaben der AKO neu der Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt zugeteilt werden sollen (Art. 26 GRSR):

- die Organisation von Vernetzungsanlässen und Tagungen zu Agglomerationsthemen
- der regelmässige Austausch mit der Regionalkonferenz Bern-Mittelland

Weiter stellt sich die AKO auf den Standpunkt, dass die neue nichtständige Kommission, welche anstelle der AKO das Projekt Kooperation Bern begleiten soll, nicht, wie vorgeschlagen, nur bis zum Zeitpunkt des in Krafttretens der neu fusionierten Gemeinde bestehen soll. Die nichtständige Kommission soll gemäss der AKO solange existieren, bis die Umsetzungsarbeiten in Folge der Fusion in der fusionierten Gemeinde effektiv abgeschlossen sind.

Die Forderungen der AKO wurden zu ihrem Bedauern im Rahmen der Arbeiten zur Teilrevision des GRSR weder von der SokoNSB22 noch vom Stadtrat aufgenommen.

Delegationen der AKO

Nachdem die AKO im Jahr 2020 erstmals Delegationsbesuche durchgeführt hat mit dem Ziel, ihre Aufsichtspflicht besser zu erfüllen, entschied sich die Kommission, diese Besuche auch im Berichtsjahr 2021 durchzuführen. Folgende Delegationen wurden dafür gebildet:

- Delegation für die Kontaktpflege/Austausch mit Ostermundigen
- Delegation für die Regionalkonferenz Bernmittelland (RKBM) mit den Fachbereichen Verkehr, Raumplanung, Wirtschaft, Kultur

Während die Delegation RKBM im Laufe des Jahres aus verschiedenen Gründen auf ihren Besuch verzichtet hatte, konnte die Delegation Kontaktpflege Ostermundigen ein gutes Format für den Austausch initiieren. Am 18. Oktober fand im Chalet Muri auf Einladung von Delegationsleiter Claudio Righetti ein Austausch zwischen den Mitgliedern der Agglomerationskommission (AKO) und der Begleitgruppe Ostermundigen zu Kooperation Ostermundigen statt. Nach einem kurzen Podiumsgespräch zwischen Stadtpräsident Alec von Graffenried und Thomas Iten, Gemeindepräsident von Ostermundigen zum Stand der Dinge, gemeinsamen Ziele und Meinungsunterschieden, konnten die Anwesenden Fragen stellen und

ihre Inputs abgeben. Anschliessend gab es beim Stehlunch die Gelegenheit zum Kennenlernen und lockeren Austausch. Das Ziel der Veranstaltung, die Zusammenarbeit zwischen der AKO und der Begleitgruppe Ostermundigen zu fördern und sich besser kennenzulernen, wurde damit nach Rückmeldung der Anwesenden erfüllt. Beide Seiten haben bekräftigt, dieses Gefäss auf jeden Fall weiterzuführen. Die Begleitgruppe Ostermundigen hat in der Folge unter der Leitung von Thomas Iten zum Gegenbesuch am 22. Dezember 2021 eingeladen. Dieser Anlass musste schlussendlich aufgrund der Corona-Situation online durchgeführt werden.

Regionalversammlungen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM)

Die Regionalversammlung der RKBM traf sich am 17. Juni und am 16. Dezember 2021 zu ihren ordentlichen Sitzungen. Der Gemeinderat informierte die AKO jeweils vorgängig über die traktandierten Geschäfte und seine Haltung dazu. Bemerkenswert sind aus städtischer Sicht die Verabschiedung folgender mehrjährigen Verpflichtungskredite:

- *Verpflichtungskredit 2022-2023* in der Höhe von 212'000 Franken für das Projekt Studie Verkehrsdrehscheiben und Mobilitätshubs in der Region Bern-Mittelland: Die geplante Studie befasst sich mit der Frage, welchen Beitrag multimodale Drehscheiben (Synonyme: Verkehrsdrehscheiben, Mobilitätshubs) in der Region Bern-Mittelland zur Entlastung des Verkehrssystems insgesamt leisten können.
- *Verpflichtungskredit 2022-2023* in der Höhe von 130'000 Franken für das Projekt «Fokusraum Bern/Köniz Morillon – Abstimmung Siedlung und Verkehr: Dem Fokusraum Bern/Köniz Morillon kommt ein Pilotcharakter bei der integrierten Entwicklung zu. Die von verschiedenen Massnahmenträgern anstehenden Projekte sind auf ihre Vernetzung und Aufwärtskompatibilität mit der gewünschten räumlichen und verkehrlichen Entwicklung zu untersuchen, damit ein allfälliger Anpassungsbedarf rechtzeitig erkannt werden kann.
- *Verpflichtungskredit 2022-2025* in der Höhe von 485'000 Franken für das Projekt Aktualisierung der Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) Zweite Tramachse Innenstadt: Ziel dieses Projekts ist es, die kantonale ZMB von 2012 unter Berücksichtigung der geänderten Rahmenbedingungen und der neuen Erkenntnisse, insbesondere aus der Netzstrategie, zu aktualisieren.
- *Verpflichtungskredit 2022-2023* in der Höhe von 80'000 Franken für das Projekt Angebotskonzept neue Tangentiallinie Bern Nordwest inkl. Buslinien 27 und 32: Die Tangentiallinie schafft eine direkte Verbindung von Stadtteilen, welche heute nur indirekt über den Bahnhof Bern verbunden sind. Mit dieser Linie lassen sich somit auch das Zentrum und der Raum Bahnhof Bern entlasten.
- *Verpflichtungskredit 2022-2023* in der Höhe von 50'000 Franken für das Projekt Überprüfung Angebotskonzept Buslinie 40: Die Buslinie 40 weist seit Jahren eine hohe Verspätungsanfälligkeit in den Spitzenstunden auf. Als kurzfristige Lösung aus der Studie «Angebotskonzept Buslinien Bern Südost» von 2018 wurden die fahrplanmässigen Fahrzeiten ausgedehnt, sodass einerseits weniger Verspätungen auftraten und andererseits der Fahrbetrieb in Anbetracht der Anschlusssituation für die Fahrgäste zuverlässiger wurde. Längerfristig ist dies keine nachhaltige Lösung. Aus diesem Grund sollen in der nun zur Genehmigung vorliegenden Studie einige Punkte vertieft geprüft werden.

Weiter befasste sich die Regionalversammlung wie gewohnt mit statuarischen Geschäften: Am 17. Juni 2021 genehmigte sie die Jahresrechnung, die mit einem Ertragsüberschuss von rund 151'000 Franken abschloss. Am 16. Dezember 2021 stimmte sie einstimmig dem Budget 2022 zu. Der Gesamtaufwand für das 13. Betriebsjahr der RKBM beläuft sich auf

knapp 10,7 Millionen Franken – inklusive Inkasso der Zahlungen an die regional bedeutenden Kulturinstitutionen von rund 6,2 Millionen Franken. Der budgetierte Aufwandüberschuss 2022 beträgt gut 573'400 Franken.

Regionale Vernetzung

Vernetzung und Kontaktpflege mit den umliegenden Gemeinden gehören zu den thematischen Schwerpunkten der AKO. Die Beziehungspflege und der Informationsaustausch sollen das gegenseitige Verständnis in der Region fördern und zur Vertrauensbildung beitragen.

Am 15. September 2021 fand der traditionelle Vernetzungsanlass mit rund 50 Vertreterinnen und Vertretern der angrenzenden Gemeinden und der Parlamentsgemeinden im Perimeter der RKBM statt. Trotz der aussergewöhnlichen Situation infolge der Covid-19-Pandemie konnte der Anlass im Progr Bern durchgeführt werden. Im Zentrum der Abendveranstaltung stand das Thema «Verstärkung der Synergien in der Gesamtregion - Standortförderung», Herr Peter Arnold, Head Media-Business-Development des Wirtschaftsnetzwerk Flughafenregion Zürich (FRZ) sowie Herr Sascha Funk, Leiter WIRTSCHAFTSRAUM Bern und Co-Leiter Wirtschaftsamt Bern zeigten die Handlungsspielräume aus ihrer Perspektive auf. Im Anschluss daran fand einen Austausch über diese und weitere agglomerationspolitische Themen sowie ein Stehlunch statt (siehe [Vernetzungsanlass 2021](#)).

Resonanzgruppe Kernregion Bern neu Legislativ Forum

Im Rahmen einer zweijährigen Testphase (2018 – 2019) trafen sich Exekutiv- und Legislativvertretungen aus allen Gemeinden der Kernregion zweimal jährlich, wobei sie sich zu gemeindeübergreifenden Themen austauschten und ein gemeinsames Projekt ansties. Während dieser Testphase zeigte sich, dass sich die Bedürfnisse der Legislativvertretungen von jenen der Exekutivvertretungen unterscheiden. Da auf Ebene Exekutiven bereits viele gemeindeübergreifende Gremien und Zusammenarbeitsformen existieren, haben die Mitglieder der Gruppe aus den Parlamenten von Bern, Ostermundigen, Münchenbuchsee, Muri, Wohlen, Köniz und Zollikofen entschieden, auf eine Weiterführung der Resonanzgruppe zu verzichten und stattdessen ein neues Gefäss («Club der Legislativen») zu schaffen. Es soll den Austausch unter interessierten Parlamentsmitgliedern und die Zusammenarbeit mit den Exekutiven weiterhin ermöglichen.

Coronabedingt konnte im Jahr 2021 nur ein Clubtreffen stattfinden. Rund 15 Parlamentsmitglieder aus den Gemeinden Bern, Köniz, Ostermundigen, Wohlen und Zollikofen trafen sich am 4. November 2021 in Bern im Club der Legislativen zum Austausch. Giada Gianola vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern stellte das Projekt der Könizer Demokratiefabrik vor, in welchem untersucht wurde, wie die Beteiligung mit digitalen Mitteln gefördert werden kann ([Demokratiefabrik](#)).

Berichterstattung des Gemeinderats zur Agglomerationspolitik

Der Gemeinderat orientiert die AKO als Aufsichtsorgan zweimal jährlich über die städtische Agglomerationspolitik. Die mündliche Berichterstattung erfolgte am 2. Juni 2021. Stadtpräsident Alec von Graffenried informierte die Kommission über den aktuellen Stand verschiedener Agglomerationsprojekte, die aus städtischer Sicht von besonderer Bedeutung sind.

Folgende Themen wurden diskutiert:

- Wie es um die Beziehung zwischen Köniz und Bern steht, auch im Hinblick auf die finanzielle Lage
- Folgen der Einschränkungen im öffentlichen Raum wegen Corona in der Region Bern

- Auswirkungen und die Massnahmen im Zusammenhang mit Corona. Welche Unterstützungsmassnahmen leisten die umliegenden Gemeinden? Welche Auswirkungen hat die Krise auf die Agglomerationspolitik?
- Velothemen, insbesondere die Velohauptrouuten
- «Tram Bern Ostermundigen» (TBO)
- Autobahnkreisel Allmend,
- Engpassbeseitigung Wankdorf-Muri,
- Bypass Ost A6
- neue BLS-Werkstätte Chliforst
- Zusammenarbeit der Stadt Bern mit den umliegenden Gemeinden im Kulturbereich, insbesondere auch im Hinblick auf die Sparmassnahmen.

Am 8. Dezember 2021 behandelte die AKO den jährlichen Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat zur Agglomerationspolitik. Der Bericht informiert über die agglomerationspolitischen Projekte der Stadt und die Ziele und Aktivitäten des Gemeinderats. Detaillierte Informationen können direkt dem [Bericht des Gemeinderats vom 20. Oktober 2021](#) entnommen werden. Die AKO hat den Bericht positiv gewürdigt und beantragt dem Stadtrat, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Er gibt einen informativen Überblick über die aktuell relevanten Projekte in der Regional- und Agglomerationspolitik und zeigt auf, welche Ziele die Stadt im Rahmen der verschiedenen Projekte und in der Zusammenarbeit mit den regionalen Institutionen verfolgt.

5 Jahrestagung in Bern

Mit dem Ziel die Kernregion Bern zu stärken und ihre Stellung als bedeutsamer wirtschaftlicher Motor des Kantons zu festigen setzt die AKO die Bestrebungen der letzten Jahre fort. Dies mit der Absicht, eine lebenswerte und sozial verantwortliche Stadt und ein fruchtbares Zusammenleben der Gemeinden in der Region zu fördern. Unter dem Titel «*Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt in Stadt und Region – auch aus ökologischer Perspektive*» fand die AKO-Tagung am Freitag, den 19. November 2021 als halbtägige Veranstaltung mit rund 50 Teilnehmer*innen im Jugend- und Freizeithaus Hangar in Ostermundigen statt. Nach zwei Inputreferaten, einerseits durch Herrn Alain Chaney von Wüest Partner zu den «*neue Zahlen und Trends auf dem Wohnungsmarkt – auch in Folge von Corona*», andererseits durch Herrn Lukas Bühlmann zu einer «*aktiven und nachhaltigen kommunalen Bodenpolitik*», wurden in folgenden vier Ateliers angewandte Themen und Praxisbeispiele diskutiert:

Atelier 1: *Sozioökonomische Zusammensetzung der Bevölkerung und mögliche Handlungsfelder in der Wohnbaupolitik am Beispiel Ostermundigen*

Referent: Thomas Iten, Gemeindepräsident Ostermundigen

Atelier 2: *Urbane Dörfer: Vorstellen der Vision, Organisation, aktuelle Projekte in der Region*

Referent*innen: Alice Baumann, Benjamin Ammann, Renato Bomio von urbanedoerfer.ch

Atelier 3: *Siedlung Stöckacker Süd: Erfahrungen mit dem 2000-Watt Zertifikat und dem nachhaltigen Immobilienmanagement*

Referentin: Elsi Hischer, Immobilien Stadt Bern

Atelier 4: *Gemeinnützige Wohnbauträger; Kostenmieten als Antwort auf steigende Mietpreise?*

Referent: Jürg Sollberger, Präsident Regionalverband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Die Tagungsteilnehmer*innen zeigten sich erfreut, dass die Veranstaltung trotz der erschwerten Situation aufgrund Corona durchgeführt werden konnte. Auch gingen viele positive Feedbacks ein. Es wurden angeregte Diskussionen geführt und beim anschliessenden Steh-lunch die Vernetzung gefördert. Detaillierte Informationen sind auf der Tagungswebsite ([AKO-Tagung 2021](#)) zu finden.

6 Fazit

Die AKO kann auf ein abwechslungsreiches und aufgrund des Projekts «Kooperation Bern» auf ein aktives Jahr zurückblicken. Mit ihren Aktivitäten hat die AKO gezeigt, dass sie sich für eine starke Kernregion Bern und eine verstärkte Zusammenarbeit unter den Agglomerationsgemeinden einsetzt. Die Kommission schätzt den regelmässigen Austausch mit dem Gemeinderat und dankt dem Stadtpräsidenten Alec von Graffenried und der Abteilung für Aussenbeziehungen und Statistik (AUSTA) für die Zusammenarbeit.

Antrag

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Agglomerationskommission für das Jahr 2021 zur Kenntnis.

16. Februar 2021

Die Agglomerationskommission